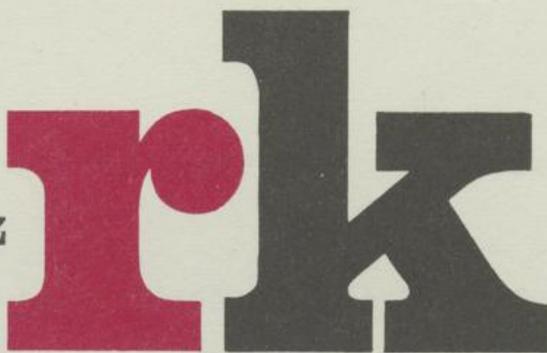


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 11. Mai 1984

Blatt 1069

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

Gratz: erstes ernsthaftes ÖVP-Angebot seit 1973

Kommunal:
(rosa)

Grundlagenerhebung für Stadterneuerung
INNOVA präsentierte Gerät zur Wasserreinigung
Enquete "Leben mit Psoriasis"

Politik:
(rosa)

Tätigkeitsbericht zum Abschluß des 34. Städtetages
Gespräch Gratz - Busek fixiert

Kultur:
(gelb)

Preise aus dem Schärf-Fonds

Nur
über FS:

Führung in der Votivkirche
Straßenbahnverkehr während der Festwocheneröffnung
Beschleunigungsprogramm für "49er"
Oberleitungsgebrecen in der Hetzendorfer Straße

.....
 Bereits am 10. Mai 1984 über Fernschreiber ausgesendet

Gratz: erstes ernsthaftes öVP-Angebot seit 1973

++++

20 Wien, 10.5. (RK-POLITIK) Bürgermeister Leopold GRATZ erklärte Donnerstag nachmittag in Bregenz zum Koalitionsangebot von Wiens öVP-Chef Dr. Erhard BUSEK, er halte es unter der Voraussetzung der ihm vorliegenden Sekundärinformationen für ernst gemeint. Er sehe daher einem Gespräch mit Vizebürgermeister Busek mit Interesse entgegen, weil es sich um das erste ernsthafte Angebote der öVP seit 1973 handle. Er werde erst mit Busek und dann mit den eigenen Parteigremien sprechen müssen. Neuwahlen schloß der Bürgermeister auch im Falle eines Koalitionspaktes aus, daß es nicht sinnvoll wäre, der öVP aus den Problemen Wiens ein Zusammenarbeitsangebot zu machen und dann vier Monate nicht zu regieren. Gratz legte auch fest, daß alle Gespräche mit Vizebürgermeister Busek nur möglich wären, wenn sie von vornherein nicht mit bundespolitischen Konsequenzen belastet würden. (Schluß) rö/ko

NNNN

Grundlagenerhebung für Stadterneuerung

=++++

3 #Wien, 11.5. (RK-KOMMUNAL) Eine wichtige Grundlagenerhebung für die Stadterneuerung in Wien beschloß der Gemeinderatsausschuß für Stadtentwicklung und Stadterneuerung. Die österreichische Akademie der Wissenschaften, Kommission für Raumforschung, erhielt einen Forschungsauftrag, in dessen Rahmen eine umfangreiche Zustandserhebung mehrerer tausend Althäuser vorgenommen wird. Mit Hilfe eines normierten Erhebungsbogens sollen Häuser, die Verfallserscheinungen aufweisen, erfaßt und analysiert werden. Der Schwerpunkt wird im gründerzeitlichen Stadtgebiet liegen.#

Die einzelnen Häuser werden nach einem Katalog von Merkmalen (Bauzustand, Ausstattung, Nutzung etc.) beurteilt. Die erhobenen Daten werden mittels EDV-Unterstützung analysiert und mit dem vorhandenen Datenmaterial verglichen. Obwohl es sich bei dem Forschungsprojekt um keine Vollerhebung aller Wiener Althäuser handelt, sind auf diese Weise doch Gebietsanalysen, Prioritätenreihungen und wichtige Entscheidungshilfen für die Stadterneuerung zu erwarten. Der Forschungsauftrag erstreckt sich über einen Zeitraum von drei Jahren. Die Kosten belaufen sich auf 1,2 Millionen Schilling. (Schluß) ger/gg

NNNN

Preise aus dem Schärf-Fonds

=++++

4 #Wien, 11.5. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Franz MRKVICKA und "Z"-Generaldirektor Dr. Karl VAK überreichten am Donnerstag im Festsaal des "Z"-Hauptgebäudes die Preise aus dem "Dr.-Adolf-Schärf-Fonds zur Förderung von Wissenschaft und Kunst."#

Es wurden vier Preise für Wissenschaft an Univ.-Prof. Dipl.-Phys. Dr. Dieter BÄUERLE, Dipl.-Ing. Andrea FRANZ gemeinsam mit Dipl.-Ing. Gerhard FRANZ, Oberarzt Dr. Dieter LUTZ und Dr. Herbert WALTHER vergeben, die Kunstpreise gingen an Mario TERZIC (Bildende Kunst), Herta STAUB (Literatur), Zdzislaw WYSOCKI (Musik), Justus NEUMANN (Darstellende Kunst) und Manfred KAUFMANN (Film). Darüber hinaus wurden zwölf wissenschaftliche Forschungsaufträge und Forschungsaufträge an 23 Künstler bzw. Künstlergruppen erteilt. Die Gesamtsumme der Förderungen und Preise beträgt 1,107.500 Schilling.

Der "Dr.-Adolf-Schärf-Fonds zur Förderung von Wissenschaft und Kunst" wurde anlässlich des 75jährigen Bestehens der Zentralsparkasse und Kommerzbank durch den Zusammenschluß des 1956 gegründeten Wiener Kunstfonds und des 1960 gegründeten Dr.-Adolf-Schärf-Fonds errichtet.

An der feierlichen Übergabe der Preise nahm auch Bundespräsident Dr. Rudolf KIRCHSCHLÄGER teil. (Schluß) gab/gg

NNNN

INNOVA präsentierte Gerät zur Wasserreinigung

Utl.: Erfinder ist Mitarbeiter der Wiener Wasserwerke

=++++

5 #Wien, 11.5. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Ab sofort einsatzbereit ist die Erfindung eines Mitarbeiters der Wiener Wasserwerke, mit der chlorierte Kohlenwasserstoffe aus dem Grundwasser entfernt werden können: Ing. Emil SCHREMS hat einen sogenannten "Vakuum-Eliminator" entwickelt, der von der "Wiener Innovationsgesellschaft" in Zusammenarbeit mit einem Simmeringer Unternehmen zur Serienreife gebracht wurde, das es nun auch vertreibt. Soweit es notwendig ist, könnte dieses Gerät auch im Bereich der Wiener Wasserversorgung eingesetzt werden.#

In den letzten Jahren wurden verstärkt Verunreinigungen des Grundwassers durch chlorierte Kohlenwasserstoffe, wie Trichloräthan, Trichloräthen, Tetrachloräthen (Perchloräthylen) und Chloroform festgestellt. Ing. Schrems konnte im vergangenen Jahr den Prototyp eines Gerätes vorstellen, mit dem diese chlorierten Kohlenwasserstoffe technisch relativ einfach entfernt werden können. Sein Konzept geht davon aus, daß Wasser auch bei Zimmertemperatur zum Sieden gebracht werden kann, wenn der Druck abgesenkt wird, und damit früher als unter "normalen" Bedingungen das Wasser in Dampf überzugehen beginnt. Der Erfinder machte sich die Tatsache zunutze, daß viele im Wasser enthaltene Schmutzstoffe einen höheren Dampfdruck als Wasser besitzen, daher entsprechend früher als Wasser zu sieden beginnen, gasförmig werden und sich dadurch vom Wasser trennen lassen. Zu einer Beeinträchtigung des Wassers kommt es dadurch nicht, weil die Temperatur nicht erhöht wird. Außerdem wird die kostspielige Aktivkohle-Behandlung des Wassers entbehrlich. Das zu reinigende oder gereinigte Wasser kommt mit Aktivkohle überhaupt nicht in Berührung. Nun, ein Jahr nach der Fertigstellung des Prototyps, ist das Gerät serienreif.

Die Reinigungsleistung liegt im einstufigen Verfahren bei 80 Prozent, bei Nachschalten einer zweiten Stufe erreicht sei 93 Prozent. (Schluß) and/gg

NNNN

Tätigkeitsbericht zum Abschluß des 34. Städtetages (1)

Utl.: Suttner: Kritik am Umweltfondsgesetz

=++++

6 #Wien, 11.5. (RK-POLITIK/KOMMUNAL) In seinem Tätigkeitsbericht zog Generalsekretär Bundesrat Reinhold SUTTNER Freitag zum Abschluß des 34. österreichischen Städtetages in Bregenz Bilanz über einige der wichtigsten Probleme, die den Städtebund im abgelaufenen Jahr beschäftigten: den Umweltschutz im Kommunalbereich, die Fortentwicklung des Gemeinderechts und natürlich die Frage des neuen Finanzausgleichs, der den Gemeindevertretern besonders am Herzen liegt. Immerhin haben die Gemeinden seit 1979 durch diverse Steueränderungen einen Einnahmenausfall von 4,3 Milliarden Schilling zu verzeichnen. #

Auf dem Gebiet des Umweltschutzes hob Suttner die Verabschiedung des Umweltfondsgesetzes durch die Bundesregierung hervor, die er als sehr bedeutsame Initiative bezeichnete. Aus der Sicht der Gemeinden gebe es aber einige gravierende Schönheitsfehler: So sind Schutzmaßnahmen gegen den Verkehrslärm durch den Fonds nicht zu finanzieren. Außerdem sind Betriebe gewerblicher Art, die von Gemeinden geführt werden, von der Förderung ausgeschlossen. So können beispielsweise Müllverbrennungsanlagen, die an sich förderbar wären, nicht gefördert werden, wenn sie mit Fernheizwerken oder Kraft-Wärme-Kupplungen verbunden sind. Auf dem Gebiet der Müllbeseitigung forderte Suttner eine Umweltschutzabgabe auf bestimmte Produkte, wie etwa Einweggebinde, was laut Suttner zu einer raschen Reduzierung der Müllmenge führen würde.

Auf dem Gebiet des Gemeinderechts, auf dem der Städtebund bereits 1981 einen Entwurf zu einer Gemeindeverfassungsnovelle vorlegte, konnte nun in Verhandlungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden eine Bundesverfassungsgesetz-Novelle erarbeitet werden, in die einige der Forderungen des Städtebundes Eingang gefunden haben. Allerdings sind alle Vorschläge der Gemeinden, die auf eine Einschränkung des Aufsichtsrates der Länder hinzielten, an deren massivem Widerstand gescheitert. (Forts.) roh/gg

NNNN

Tätigkeitsbericht zum Abschluß des 34. Städtetages (2)

Utl.: Gemeinden fordern neuen Finanzausgleich

=++++

7 Wien, 11.5. (RK-POLITIK/KOMMUNAL) Generalsekretär Suttner wies in seinem Referat darauf hin, daß sich für die Gemeinden im Zeitraum zwischen 1979 und 1984 durch mehrere Änderungen auf dem Gebiet des Steuerrechts seitens des Bundes Einnahmefälle von 4,3 Milliarden Schilling ergeben hätten. Zu diesen Änderungen zählen unter anderem die Selbstverbrauchssteuer, die Einkommenssteuergesetznovelle und die Investitionsprämie.

Deshalb fordert der Städtebund die Wiederherstellung des Teilungsverhältnisses von 1979. In seiner Entschliebung zum Finanzausgleich verlangt der Städtebund, die gemeinschaftlichen Bundesabgaben in ihrer Gesamtsumme in einem bestimmten Verhältnis auf Bund, Länder und Gemeinden aufzuteilen und nicht wie bisher getrennt nach den einzelnen Abgaben. Entsprechende Berechnungen in dieser Richtung werden nach einer ersten Verhandlungsrunde mit dem Finanzminister bereits angestellt. Zurzeit werden alle eingebrachten Vorschläge zum neuen Finanzausgleich von zwei Beamtenskommissionen des Finanzministeriums geprüft. Darunter sind seitens des Städtebundes die Beseitigung der Landesumlage, die Erhöhung und Dynamisierung der Zweckzuschüsse, die Abgeltung des Aufwandes von Statutarstädten und die klare Ablehnung einer Abschaffung der Lohnsummensteuer.

"Was wir absolut nicht wollen, ist eine Verlängerung des derzeitigen Finanzausgleichs", sagte Generalsekretär Suttner. "Angestrebt wird ein Finanzausgleich, der den Tatsachen Rechnung trägt und die Verschiebungen und Ungleichgewichtungen, die seit 1979 eingetreten sind, wieder revidiert."

In einer Resolution der Geschäftsleitung des Städtebundes appelliert der Städtebund noch einmal an Bund und Länder, beim neuen Finanzausgleich die berechtigten Anliegen der Gemeinden entsprechend zu berücksichtigen. (Schluß) roh/gg

NNNN

Gespräch Gratz - Busek fixiert

++++

10 Wien, 11.5. (RK-POLITIK) Wiens Bürgermeister Leopold GRATZ und Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK haben Freitag am Ende des 34. Städtetages bereits die ersten Termine für Koalitionsgespräche fixiert. Gleichzeitig wurde allerdings auch vereinbart, über diese Termine sowie über bei diesen Unterredungen möglicherweise entstehende Zwischenergebnisse absolutes Stillschweigen zu bewahren. (Schluß) rü/gg

NNNN

Enquete "Leben mit Psoriasis" (1)

Utl.: 200.000 Österreicher leiden daran

=++++

11 #Wien, 11.5. (RK-KOMMUNAL) Derzeit leiden etwa 2 bis 4 Prozent der Gesamtbevölkerung industrialisierter Staaten an der Psoriasis (Schuppenflechte), in Österreich gibt es rund 200.000 Menschen, die an dieser Hautschädigung erkrankt sind. Freitag fand über Initiative von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER eine Enquete über "Leben mit Psoriasis" statt, deren Aufgabe es war, die Problematik dieser Erkrankung aus der Sicht der Ärzte, aber auch der Betroffenen, zu diskutieren. Der Gesundheitsstadtrat kündigte bei dieser Gelegenheit unter anderem erweiterte ambulante Behandlungsmöglichkeiten sowie die Herausgabe einer eigenen Broschüre für Psoriater an.#

Zwtl.: Vererbung, Umweltfaktoren

Univ.-Prof. Dr. Klaus WOLFF, Vorstand der I. Universitätshautklinik im Allgemeinen Krankenhaus, wies darauf hin, daß es sich bei dieser Krankheit um eine vererbte Veranlagung handelt, die durch die verschiedensten Umweltfaktoren ausgelöst wird, jedoch nicht ansteckend ist. Ferner unterstrich er die sozialen Aspekte und hob die Tatsache hervor, daß, bedingt durch die psychische Belastung, Psoriater sehr häufig, wenn sie an der Bewältigung ihrer Probleme scheitern, zu Alkoholismus und Selbstmordversuchen neigen.

Werner HINTZ, Obmann des vor zwei Jahren gegründeten Psoriatervereines Österreichs, wies ebenfalls darauf hin, daß die großen psychischen Probleme viele Betroffene zum Alkohol als "Problemlöser" greifen lassen. Als vordringlichste Probleme nannte er die zu geringen Therapie- bzw. Informationsmöglichkeiten sowie im Freizeitbereich die nicht vorhandenen Bademöglichkeiten für Psoriater. (Forts.) zi/gg

NNNN

Enquete "Leben mit Psoriasis" (2)

Utl.: Ambulanz im Krankenhaus Lainz

=++++

12 Wien, 11.5. (RK-KOMMUNAL) Noch wirkungsvoller als bisher kann an der Dermatologischen Abteilung des Krankenhauses Lainz seit kurzem bei der Behandlung der Schuppenflechte vorgegangen werden. Seit Anfang dieses Jahres gibt es dort eine eigene Spezialambulanz für Psoriasis Kranke, die, wie Univ.-Doz. Dr. Friedrich GSCHNAIT betonte, anstelle eines mitunter vier- bis fünfwöchigen Spitalsaufenthaltes neue ambulante Behandlungsmöglichkeiten bietet. Die Ambulanz steht derzeit Montag und Donnerstag von 7 bis 19 Uhr, Dienstag, Mittwoch und Freitag von 7 bis 15 Uhr zur Verfügung. Laut Univ.-Prof. Dr. Stacher wird dieser Ambulanzbetrieb im kommenden Herbst noch ausgeweitet werden. Ebenso ist daran gedacht, eine ähnliche Ambulanz in der Krankenanstalt Rudolfstiftung in Betrieb zu nehmen.

Zwtl.: Individuelle Therapieformen

In der Dermatologischen Ambulanz im Krankenhaus Lainz steht eine Reihe von individuellen Behandlungsmöglichkeiten zur Verfügung, wobei es sich, wie Univ.-Doz. Dr. Gschnait betonte, um keine "Konfektionsbehandlung", sondern um eine jeweils dem einzelnen Patienten "angepaßte" Therapie handelt. So etwa erhält der Patient im Rahmen der Fotochemotherapie nach Anwendung einer medikamentösen Therapie mittels eines Ganzkörpergerätes genau dosierte Ultraviolett-Bestrahlungen. Neben weiteren Lichtbehandlungsmethoden wurde eine neue Ganzkörperbehandlungsmethode entwickelt, bei der eine Salbe aufgetragen wird. Bisherigen Erfahrungen zufolge kommt es dabei zu einer einjährigen schuppenfreien Periode. (Forts.) zi/ko

Enquete "Leben mit Psoriasis" (3)

Utl.: Änderung der Badeordnung

=++++

13 Wien, 11.5. (RK-KOMMUNAL) Als wesentlichste Voraussetzung zur Schaffung der gewünschten Bademöglichkeiten seitens der Psoriatiker nannte Reinhold PERNER von der Geschäftsgruppe Umwelt und Bürgerdienst die Änderung der in Wien geltenden Badeordnung, die es bekanntlich Psoriatikern verbietet, ein öffentliches Bad aufzusuchen. Darüber hinaus ist aber auch daran gedacht, nach Durchführung dieser Änderung einen eigenen Badebereich an der Neuen Donau bzw. einen Badeteich im 22. Bezirk zu schaffen. (Schluß) zi/gg